

*Gemeinde Roetgen  
mit den Ortsteilen  
**ROETGEN-ROTT**  
u. **MULARTSHÜTTE***

# **DIE GRÜNEN**

*informieren*

**Nr. 12 Mai 87**

**Wir informieren über:** \_\_\_\_\_

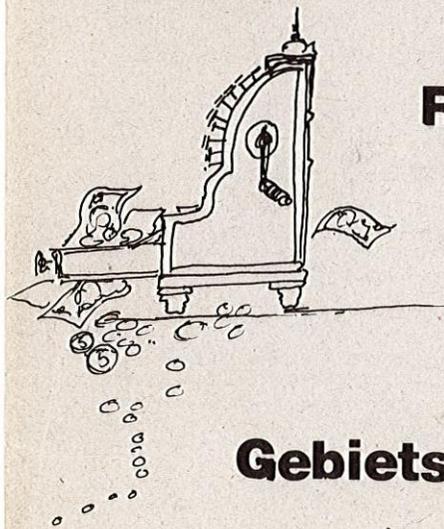
**Halbzeit im Rat**

**Griff in die Kasse**



**Rückbau der B 258**

**Volkszählung**



**Gebietsentwicklungsplan**

# Halbzeit im Rat

Seit 2 1/2 Jahren gibt es dort die GRÜNEN - ein Rückblick

Bei den Kommunalwahlen vom 30.09.84 für die Gemeindeparlamente erzielten die GRÜNEN in Roetgen mit 15,2 % der Stimmen, dem zweitbesten Ergebnis im Nordrhein-Westfalen, 4 Sitze im Rat (CDU 14, SPD 8, FDP 1). Die wurden damals mit 2 Frauen und 2 Männern besetzt. Allerdings konnten wir in keinem der Wahlbezirke ein Direktmandat erringen, waren aber doch stolz darauf, in dem in Rott gelegenen Bezirk 12 sogar 25 % der Stimmen erreicht zu haben.

## Vormacht der CDU

Schon bei der konstituierenden Sitzung des Rates am 16.10.1984 merkten wir, woher der Wind wehte: Die CDU nutzte ihre mit 50,35 % der abgegebenen Stimmen hauchdünne Mehrheit rigoros aus und legte bei der Wahl der Ausschüsse deren Stärke so fest, daß sie selbst überall eine deutliche relative Überlegenheit hatte, die regelmäßig mit 60 % weit über ihr Wahlergebnis hinausging. Die Grünen und ihre Anliegen waren ihr so unwillkommen, daß deren Antrag, im Fremdenverkehrs- und Forstausschuß wenigstens im Titel den Begriff "Umwelt" erscheinen zu lassen, mit dem mehr als fadenscheinigen Argument abgelehnt wurde, der Titel würde dann zu lang zum Schreiben. Selbstverständlich wurden auch die in einer späteren Sitzung behandelte neue Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Rates ganz im Sinne der CDU gestaltet.

Trotzdem stürzten wir uns mit großem Elan in die Arbeit und glaubten, bei den Altparteien Verständnis dafür zu finden, daß wir als Neulinge die Praxis der Ratsarbeit mit ihren vielfältigen Tricks erst lernen mußten. Auch hofften wir auf sachliche Zusammenarbeit anstelle von parteibezogener Konfrontation. Aber weit gefehlt! Sowohl unser Antrag auf Erlaß einer Baumschutzsatzung als auch der Antrag auf Bildung einer interfraktionellen Gruppe zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine bestmögliche Müllentsorgung mit Rückgewinnung der Wertstoffe fanden keine Gegenliebe, sondern

weckten böartige persönliche Angriffe. Allmählich bildete sich in uns die Überzeugung, daß es den großen anderen Fraktionen hauptsächlich darauf ankommt, nur Punkte für die eigene Mannschaft zu sammeln und deshalb "grüne" Anträge zu torpedieren; Zustimmung nur, wenn ein anderes Verhalten für die Bevölkerung absolut unverstänlich geblieben wäre.

Bis heute haben wir 11 Anträge in den Rat eingebracht, von denen allerdings nur drei positiv verabschiedet wurden:

Erstens, ein einstimmiger Beschluß von Maßnahmen an der Bundesstraße, mit denen der damit beauftragte Kreis sich beachtlich viel Zeit ließ und die bis heute noch nicht abgeschlossen sind.

Zweitens, ein fast einstimmiger Beschluß (eine Enthaltung) mit vier Forderungen aus Anlass der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl, wo der Kreis die dezentralen und damit bürgerverständlichen Maßnahmen unterließ und sich hinsichtlich der geforderten Aufklärung auf Anordnungen des Ministeriums zurückzog.

Drittens, ein Antrag zur Verkehrsberuhigung im Schleebackgebiet durch Einführung der "Zone 30", dem sogar in erweiterter Form entsprochen wurde.

## Lernprozeß

Zur Ehre von Rat und Verwaltung muß jedoch gesagt werden, daß sich in der Abfallwirtschaft mittlerweile, besonders nach dem Amtsantritt des neuen Gemeindedirektors, ein deutlicher Sinneswandel feststellen läßt.

Nicht gerade selten mußte sich der Rat in den zurückliegenden 2 1/2 Jahren mit den Sünden der Vergangenheit befassen, begangen z.B. bei den Erschließungen des Schleebackgebietes und des Gewerbegebietes. Wenn wir uns dabei manchmal der Stimme enthalten haben, so nicht weil wir etwa gegen das Gewerbegebiet wären, sondern weil

es uns schlechterdings unmöglich war, uns eine fundierte Meinung zu bilden.

Wir lehnten jedoch solche Beschlussvorschläge ab, die gravierende Verfahrensmängel enthielten und deshalb auch meistens prompt von den übergeordneten Behörden beanstandet wurden.

Wir waren immer auf dem Posten, wenn es um soziale Belange - auch einzelner Bürger - ging, seien es Bauvoranfragen, gewünschte Grundstücksteilungen, die 3. gemeindliche Kindergartengruppe in der alten Schule oder die Einrichtung einer Ausbildungsstelle für einen Forstwirt (letzteres zu erreichen offenbar ein hoffnungsloser Fall in unserer Gemeinde).

## Sparen wo es geht

Natürlich sind wir immer für Sparsamkeit; den ersten Versuch (vor einem Jahr), die Entschädigungen der Ratsmitglieder zu erhöhen, konnten wir - obwohl CDU und SPD auch damals schon im Grunde genommen dafür waren - noch vereiteln, während uns dies bei dem letzten Handstreich (in der Sitzung des Haupt- Finanz- und Beschwerdeausschusses am 09.04.87) leider nicht mehr gelang. Ob die Rats-sitzung am 28.04.87 etwas anderes

bringt, ist zu bezweifeln. Wir werden jedenfalls, wenn wir die Erhöhung nicht verhindern können, wie bisher auch schon für den kleineren Teil der Aufwandsentschädigung für unseren echten materiellen Aufwand, den größten Teil aber für unsere Aufklärungsarbeit und die Unterstützung für Projektgruppen verwenden.

Für die kommenden 2 1/2 Jahre hoffen wir, daß unser uneigennütziger Einsatz noch einige Früchte für den Bürger trägt, und versprechen jedem, der sich mit einem berechtigten Anliegen an uns wendet - sei es ein persönliches, sei es ein allgemeines - unseren vollen Einsatz.

Rudolf Schwarzenberger

Unsere Ratsmitglieder:

Brigitte Commichau,  
Grünepleistr. 45, Tel. 2995  
Klaus-Peter Kegel,  
Mühlenstr. 5, Tel. 2573  
Georg Roetgen,  
Quirinusstr. 57, Tel. 2829  
Rudolf Schwarzenberger,  
Wilhelmstr. 42, Tel. 4591



## Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband "Die Grünen", Roetgen, Schleebackstr. 22  
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Siegfried Scholz  
Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autoren.

## Spendenkonto

Der Ortsverband der GRÜNEN in Roetgen hat eine neue Bankverbindung: Konto Nr. 495 0291 bei der Kreissparkasse Aachen, Fil. Roetgen, BLZ 3915 0100.  
Wir bitten bestehende Daueraufträge entsprechend umzuändern.

# Der Griff in die Gemeindekasse

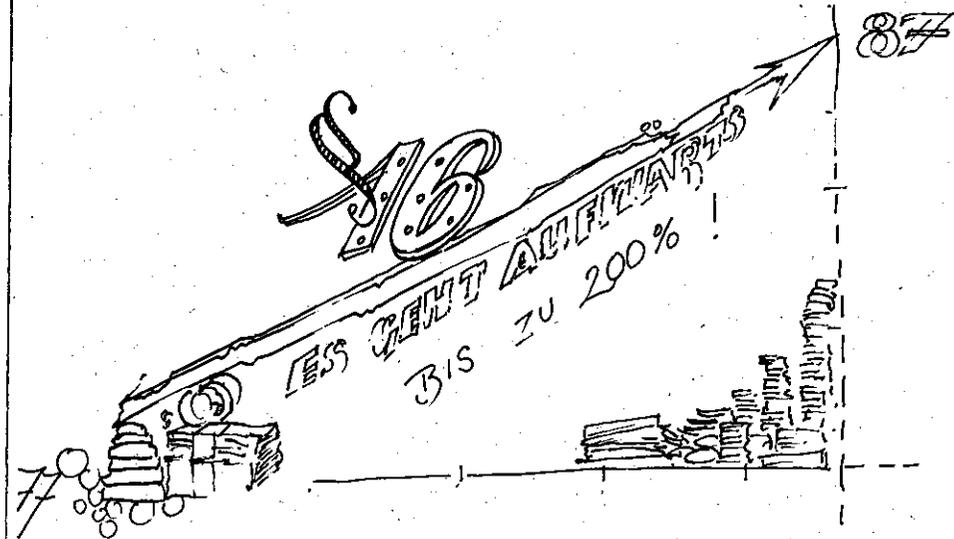
## Rat vervielfacht seine Aufwandsentschädigungen

Wie sich hinter einem ganz harmlos klingenden Tagesordnungspunkt ein brisantes Thema verbergen kann, zeigte sich in der letzten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses vom 2.4.87. Als Tagesordnungspunkt 11 stand da "Änderung der Hauptsatzung". Unwichtiger Paragraphenkrum, mag da der Bürger denken, der das Mitteilungsblatt liest. Doch von der geplanten Änderung betroffen ist auch der § 16, der die Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder und des Bürgermeisters regelt. Eine Änderung an dieser Stelle bedeutet mehr Geld, versteht sich, und, wenn man genauer hinsieht, eine ganze Menge mehr.

Erinnern Sie sich? Vor etwa einem Jahr stand eine solche Erhöhung schon einmal an. Doch damals kam sie nicht durch. Die Gegenstimmen der GRÜNEN und der FDP erhielten in geheimer Abstimmung Hilfe von den anderen Parteien. CDU-Ratsherr Garke sprach sich sogar öffentlich dagegen aus. Heute, ein Jahr danach, haben wir einen neuen Gemeindedirektor, der die jetzt vorgeschlagenen Erhöhungen von sich aus anregte. Es ist sehr informativ, sich einmal die Beträge genau anzusehen, um die es hier geht. In der Tabelle finden Sie die Aufwandsentschädigungen, die Ratsmitglieder und Amtsträger des Rates jährlich erhalten, vor einem Jahr erhalten sollten und in Zukunft erhalten sollen. In der Spalte "Höchstsätze" stehen die Beträge, die der Gemeinde von oben her vorgegeben sind. Die Zahlen zeigen zunächst, daß man vor einem Jahr noch recht "zaghafte" war mit den Zuschlägen, jetzt aber an die Grenzen des Zulässigen eng herangeht, also nehmen will, was man kriegen kann!

	Jährl. Aufwandsentschädigung in DM				Mehrbetrag 1987	
	zur Zeit	Höchstsätze	Vorschläge 1986	Vorschläge 1987	DM	%
Ratsmitglieder	1680	3024	2160	3000	1320	79
Fraktionsvorsitzende stellv. Bürgermeister	3360	9072	6480	9000	5640	168
Bürgermeister	5040	15120	8640	15000	9960	198

Für die Gemeinde ergibt sich eine finanzielle Mehrbelastung von rund 68.000 DM jährlich. Wäre es nicht besser, für dieses Geld eine zusätzliche Stelle und damit einen Arbeitsplatz einzurichten, z.B. im sozialen Bereich, wo die Arbeit den derzeit dort tätigen Mitarbeitern über den Kopf wächst?



Zugegeben, seit 1977 hat sich alles verteuert. Aber ob alleine daraus die prozentualen Erhöhungen zu rechtfertigen sind, wagen wir zu bezweifeln. Es wäre polemisch, die fast 200 % Steigerung beim Bürgermeister - eine Verdreifachung! - mit den Tarifierhöhungen und Rentensteigerungen zu vergleichen, oder die Beträge selbst neben die Einkünfte eines Sozialhilfeempfängers zu stellen. Auch unterstellen wir niemandem im Rat, sich von dem in Aussicht gestellten Geldsegen (fast steuerfrei!) einen schönen Tag machen zu wollen. Wir finden aber, diese Steigerung läßt alles Augenmaß vermissen, das angesichts sonstiger Sparmaßnahmen (Straßenbeleuchtung!) angebracht wäre.

Ein Argument für die drastische Steigerung, das von den anderen Parteien gern hervorgehoben wird, ist die großzügige Unterstützung von örtlichen Vereinen durch die so liquide gewordenen Ratsherren. Wir halten das für einen schlechten Weg der Unterstützung, weil er weder durchschaubar ist noch sicherstellt, daß diese Gelder einigermaßen gerecht auf die verteilt werden, die darauf besonders angewiesen sind.

Eine Anpassung der Beträge von 1977 halten wir für allenfalls gerechtfertigt, wenn sie im Rahmen der Geldentwertung dieser 10 Jahre läge; was darüber hinausgeht, ist eine nicht zu verantwortende Selbstbedienung der gewählten Gemeindevertreter.

Fortsetzung folgt .... nächste Seite →

### Letzte Meldung:

Am 28. 4. beschloß der Rat gegen die Stimmen der GRÜNEN und der FDP die vorgeschlagene Erhöhung ohne jeden Abstrich. Dabei verstand es die SPD, eine erneute Diskussion mit gesonderter Abstimmung über die Aufwandsentschädigung durch einen im Rat üblichen Geschäftsordnungstrick zu verhindern.

Fazit: Der Rubel rollt, der Geldsegen kommt, den wir nicht gewollt haben.

Und an diese Stelle gehört jetzt ein offenes Wort an den Rats-herrn der CDU G r o t h . Dieser hatte unser Ratsmitglied Klaus-Peter Kegel in der Diskussion im MFB-Ausschuß recht un-fair angegriffen mit der Frage, was er persönlich denn mit den Geldern tun wolle, die in Zukunft so reichlich fließen würden. Herr Groth und alle Ratsvertreter von CDU und SPD sollen wis-sen, daß die GRÜNEN die Öffentlichkeit nicht im Unklaren lassen werden, wofür sie ihre Aufwandsentschädigungen ver-wenden werden.

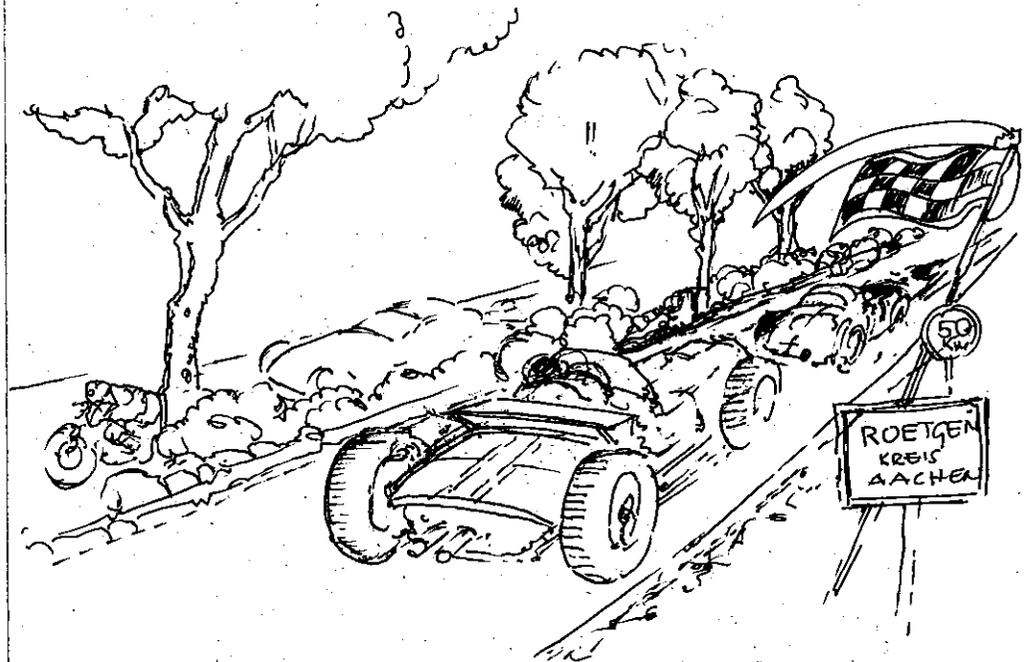
S. Scholz

## Rückbau der B258 in Roetgen

Erneut sind Baumaßnahmen auf der B 258 in der Ortsdurchfahrt Roetgen im Gespräch. Die Presse berichtete darüber, eine Bürgerversammlung fand statt und die Ausschüsse des Rates befaßten sich damit. Interessant dabei ist eine neue Wortschöpfung der zuständigen Behörden. Man spricht von einem "Rückbau" dieser Strasse. Bisher kennt man nur Neubau, Ausbau, allenfalls Umbau ... geht es wirklich rückwärts, machen wir Fortschrittsgläubigen jetzt Rückschritte? Das gilt sicher für die Autofahrer, denen eine schöne breite Straße nicht nur einer gefahrlosen Fortbewegung dient, sondern mit kräftigem Druck auf das Gaspedal eine Rennstrecke zum Ausfahren ihrer PS-Reserven zu werden versprach. Rückbau heißt aber tatsächlich Ausbau im Sinne der schwächeren Verkehrsteilnehmer, der Fußgänger und Radfahrer, der Kinder und der Alten.

Ist die Wortwahl der Straßenbaubehörden nicht sehr verräterisch für deren Planungskonzepte, bei denen der Fluß des Autoverkehrs Vorrang hat vor allen anderen Verkehrsteilnehmern? Hoffen wir, daß uns im Sinne von Mensch und Umwelt noch mehr Rückbau in anderen Bereichen beschert wird!

Was die B 258 betrifft, nimmt unser Ratsmitglied Klaus-Peter Kegel für die Grünen Stellung zu den geplanten Baumaßnahmen.



"Mehr Sicherheit für die Fußgänger und Radfahrer im Bereich der B 258", diese seit langem geäußerte und wegen der vielen Todesopfer auch begründete Forderung der Gemeinde Roetgen an die zuständigen Stellen des Kreises Aachen und des Landschaftsverbandes Rheinland ist nun offensichtlich erhört worden und soll in die Tat umgesetzt werden.

Doch trägt hier nicht der Schein? Besteht nicht die Gefahr, daß Roetgen zum Versuchskaninchen für ein "Pilotprojekt" des Landschaftsverbandes in Sachen "Gestaltung von Ortsdurchfahrten" wird?

### Konzen: 25km/h langsamer

Die Vorstellung des Planes für die Umgestaltung der B 258 in einer Bürgerversammlung hat da einigen Aufschluß gegeben. Ausgangspunkt für die Planer ist die Tatsache, daß in der Ortsdurchfahrt von Roetgen erheblich zu schnell gefahren wird. Im benachbarten Konzen haben die Fahrbahnverschwenkungen die Durchschnittsgeschwindigkeit nach Aussage des Verkehrsingenieurs Geuenich um 25 km/h gesenkt. Sollte man da in Roetgen

nicht etwas ähnliches durchführen? Keineswegs! In Roetgen soll schon ein aufgepflasterter Mittelstreifen mit einigen kleinen Bäumen, der die beiden Richtungsfahrbahnen voneinander trennt, ausreichen, um die für die Ortschaft angemessene Geschwindigkeit von 50 km/h zu erreichen. Dies ist jedoch keineswegs gesicherte Erkenntnis, die man anderorts gewonnen hat, sondern lediglich der Versuch, hierüber Informationen zu gewinnen. In der Fachsprache heißt das dann "Pilotprojekt". Und das bedeutet, daß man sich beim Landschaftsverband da wohl kaum hereinreden läßt, sollten von Bürgern noch so viele vernünftige Vorschläge und Anregungen kommen. Auf welch wackligen Füßen dieses Pilotprojekt steht, zeigen doch die Aussagen der Planer: "Man erhofft sich eine gewisse Geschwindigkeitsreduzierung". Wie groß hier Glaube und Hoffnung beim Landschaftsverband Rheinland sein müssen, zeigt das Beispiel des Dorfes Gerderath, wo eine ähnliche Maßnahme (nach Augenzeugen) offensichtlich nicht zu einer nennenswerten Geschwindigkeitsreduzierung geführt hat. Immerhin wäre das Projekt dort "bei der Bevölkerung gut angekommen".

Doch dies reicht meines Erachtens für ein solch wichtiges Vorhaben nicht aus.

### Ampeln kein Allheilmittel

Im Übrigen wurde Ende 1986 vom Verkehrsingenieur des Kreises, Herrn Geuenich, ein Gutachten erstellt, ob die Situation auf der B 258 durch Ampeln an wichtigen Kreuzungen wesentlich verbessert werden würde. Obwohl darin wegen des zeitweise starken Verkehrs solche Ampeln gefordert werden, wird andererseits angezweifelt, ob diese allein die Unfallträchtigkeit der Strecke wirklich verringern. Leider stand dieses Gutachten den Ratsmitgliedern erst sehr spät und auf besondere Anforderung zur Verfügung. Ob es wohl das Pilotprojekt stört?

Damit wir nicht mißverstanden werden: Es geht von seiten der Grünen hier nicht darum, eine Idee, die gute Ansätze liefert, zu zerreden mit der Konsequenz, daß dann gar nichts passiert. Dazu hat uns die Vergangenheit schon zu viele Opfer gekostet, und es sollen nicht noch mehr werden. Wenn wir also an dieser Stelle Kritik üben und Änderungsvorschläge machen, so nur deshalb, um in Roetgen zu einer Lösung zu kommen, die ein Höchstmaß an Sicherheit für unsere Bürger gewährleistet. Und dazu müssen Maßnahmen getroffen werden, die die Autofahrer wirklich dazu bringen, die angemessene Geschwindigkeit von 50 km/h zu fahren, zumal dies nach Aussage von Herrn Geuenich auch die Geschwindigkeit für einen optimalen Verkehrsfluß ist. Die Trennung der Fahrstreifen durch ein Pflasterband alleine kann jedoch dazu führen, daß Autofahrer zu schnellerem Fahren verleitet werden, da sie sich ohne Gegenverkehr sicherer fühlen. Hier sind unserer Meinung nach unterstützende Maßnahmen nötig:

1. Die Fahrbahnen müssen von Ihrer Breite her so schmal wie möglich gemacht werden. Das bedeutet, daß auch der Mehrzweckstreifen in Richtung Monschau ab dem Wollwaschweg wegfallen sollte. Zwischen Hauptstraße und Wollwaschweg ist er zum Überholen langsamer Fahrzeuge weiterhin sinnvoll.

2. Die Fahrbahnen müssen zusätzlich auch optisch eingeengt werden. D.h. es ist nicht nur der Mittelstreifen zu bepflanzen, sondern auch der äußere Fahrbahnrand, so daß sich das Bild einer Allee ergibt (ähnlich wie bei Münsterbildchen) Sollte es schwierig sein, dafür den nötigen Raum neben Fuß- und Radweg zu finden, sollte man mit den Anliegern zu einer beiden Seiten nützenden Vereinbarung kommen.
3. An besonderen Gefahrenpunkten wie Bushaltestellen und Kreuzungen ist der Verkehr durch zusätzliche Fahrbahnschwenkungen abzubremesen, denn ein schnurgerade Fahrbahnführung wird immer zu schnellerem Fahren verleiten. Daß diese Maßnahme tatsächlich den Verkehr verlangsamt, belegt das Beispiel Konzen.
4. Obwohl die Trennung der Fahrbahnen schon eine Verbesserung für die überquerenden Fußgänger darstellt, sind an den besonders gefährlichen Kreuzungen mit Bushaltestelle (Grünepleystraße, Faulenbruchstraße und Rosentalstraße) zumindest Fußgängerampeln einzurichten. Der Sicherheit für die Fußgänger ist hier Vorrang einzuräumen vor der damit verbundenen leichten Behinderung des Verkehrsflusses.

Der Querverkehr, der es besonders schwer hat zur Zeit des Berufsverkehrs sowie beim Wochenendausflugverkehr, ist nicht in erster Linie ein Sicherheitsproblem, wenn auf der B 258 in angemessenem Tempo gefahren wird. Dieser Aspekt kann daher nicht im Vordergrund der Überlegungen stehen.

Es muß an dieser Stelle auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß hier letztlich das Problem des immer mehr zunehmenden Individualverkehrs offensichtlich wird. Dies kann grundlegend nur gelöst werden, wenn man an die Wurzel des Übels geht, d.h. die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs durch ein attraktives Angebot, das mit dem privaten Autoverkehr konkurrieren kann.

Klaus-Peter Kegel

## Alles nicht so eng sehen!

In der Mühlenstraße fiel Anwohnern auf, daß in der zweiten Märzwoche von einem Landwirt Hecken drastisch zurückschnitten wurden. Sie wandten sich deshalb an verschiedene Behörden mit der Frage, ob hier nicht ein Verstoß gegen Landschaftsschutzgesetze vorläge. Auch unser Ratsmitglied Brigitte Commichau schaltete sich ein mit Anfragen an Kreis- und Regierungsbehörden. Ihre Gedanken dazu äussert sie in folgendem Artikel.

Inzwischen liegt eine schriftliche Antwort des Kreisumweltamtes vor, in der der Heckenschnitt unter den gegebenen Umständen als gerechtfertigt angesehen wird.

Klar, wir leben in einem ordentlichen Land. Mit ordentlichen Leuten, die sich an ordentliche Gesetze halten sollen und z.B. ihre Hecke ordentlich zu schneiden haben - in der Zeit vom 30. September bis 1. März. Woraus aber, wenn man nicht alles unter einen Hut bringen will, schon mal Konflikte entstehen. Man stelle sich vor: da will einer - nach vielen Jahren endlich mal wieder! - seine Hecke richtig ordentlich kurz und klein schneiden - gleich kommen ein paar zugereiste Bio-Alternativ-Intellektuelle und zetern rum: der darf das nicht, der muß sich an die im Landschaftsschutzgesetz § 64 vorgeschriebenen Zeiten halten!

Als wenn wir hier im Duisburg oder wo lebten! Bei uns gibt es Hecken satt und massenhaft Vögel, die sich auch nicht an Termine halten: oft kommen die erst nach dem 1. März und später - die hätten die Hecke gar nicht vermißt, nisten können die auch anderswo.

Da will einer in diesem unserem Lande mal ordentlich sein - gleich soll er daran gehindert werden! Wie gut, daß es da unter- und übergeordnete Ordnungen gibt! Z.B. das Kreisumweltamt in Aachen. Das sieht alles nicht so eng, das genehmigt mal schnell und locker noch nachträglich und telefonisch. Wenn man's schriftlich haben will, ist es allerdings etwas zögerlich. Besonders wenn eine hergelaufene Ratsfrau

darum ersucht - da weiß man im Kreisumweltamt nicht recht, ob man sowas "aus dem Haus geben darf", da muß man erst die "vorgesezte Dienststelle fragen". Die Fragerei dauert nun schon 4 Wochen. Die impertinente grüne Ratsfrau hat ich inzwischen erdreistet, bei der "vorgesezten Dienststelle" nachzufragen. Diese muß aber wohl auch erst ihrerseits .... jedenfalls: eine stichhaltige schriftliche Begründung läßt auf sich warten.

Da lobe ich mir unsere Dorfbehörde: nachdem die kochende Volksseele einen Beschwerdebrief in Sachen außerterminlichen Heckenschnitts an der Regierungspräsidenten in Köln geschrieben hat - mit Kopie an unseren Herrn Gemeindedirektor - hat dieser doch umgehend! vorsorglich seine ein wenig andere Version zu dieser Angelegenheit dem Regierungspräsidenten nahe gebracht - mit Kopie an die kochende Volksseele!

Inzwischen geht wiederum die grüne Ratsfrau schwanger mit einer Anfrage an die vorgesezte Dienststelle der vorgesezten Dienststelle der vorgesezten ... Es muß doch möglich sein, verbindliche schriftliche Begründungen von Ausnahmegenehmigungen zu kriegen! Oder wie - oder was?

Und die Vögel stehen stumm um die abben Hecken rum!

B. C.

# Volkszählung 87

## Welchen Nutzen bringt sie?

Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1983 startet die Bundesregierung am 25. Mai 1987 ihren zweiten Versuch, die Daten aller Bürger, ihre Arbeitsstätten, Wohnungen und Gebäude in einer Volkszählung zu erfassen. Die hierbei gewonnenen Daten sollen den bisherigen Datenbestand auffrischen, vervollständigen und Entscheidungsgrundlagen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, das Bildungswesen und den Arbeitsmarkt, die Umweltpolitik und Wohnungswirtschaft bilden; sie sollen dazu dienen, "vernünftig" zu wirtschaften.

Doch hier sind bereits erste Zweifel angebracht, denn trotz umfangreicher Datenerhebungen sind bisher immer wieder politische Fehlentscheidungen von gravierendem Ausmaß getroffen worden. Datenerhebungen haben uns nicht davor geschützt, daß z.B. in fast allen Großstädten anonyme, menschenfeindliche Wohnsilos und Mammutschulen gebaut, der nutzlose Rhein-Main-Donau-Kanal vorangetrieben und die Milliardenruine des Schnellen Brütters in Kalkar errichtet wurden. Uns ist kein Fall bekannt, daß in den vergangenen Jahren eine politische Entscheidung wegen fehlender Daten nicht getroffen werden konnte oder daß fehlende Daten die Ursache für eine falsche politische Entscheidung waren. Mindestens 715 Millionen, vermutlich sogar eine Milliarde Mark kostet uns die Volkszählung, und 2 bis 6 Jahre wird es nach Auskunft der Statistiker dauern, bis die Daten vollständig ausgewertet sind. Da aber pro Jahr mindestens 5 % der Informationen durch natürliche Fluktuation veralten, sind die Ergebnisse teilweise unbrauchbar, bevor sie auf dem Tisch liegen.

Wenn in Einzelfällen für Planungen oder politische Entscheidungen weitere Daten als die bereits vorliegenden erforderlich sind, könnten diese in dem erforderlichen Umfang mit freiwilligen repräsentativen Umfragen ermittelt werden und eine Totalerhebung überflüssig machen. Über welche Genauigkeit repräsentative Umfragen verfügen, wird uns nach jeder Wahl eindrucksvoll gezeigt: Die nur wenige Minuten nach Schließung der Wahllokale hochgerechneten Ergebnisse weichen nur sehr gering und oft nur nach dem Komma von dem amtlichen Endergebnis ab.

## Ist der Datenschutz sicher?

Der zweite Aspekt inhaltlicher Kritik richtet sich gegen mögliche Verletzungen des Datenschutzes. Die letzte Volkszählung scheiterte am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, welches kritisierte, daß durch die Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung teilweise oder weitgehende vollständige Persönlichkeitsbilder zusammengefügt werden könnten, ohne daß der Betroffene deren Richtigkeit und Verwendung kontrollieren kann.

Durch die fortlaufende Diskussion um den Datenschutz ist der Bürger weitaus sensibler im Hinblick auf die Privatheit der ihn betreffenden Daten geworden. Er will überblicken können, wer, was, wann und bei welcher Gelegenheit über ihn weiß. Ob dieses Recht auf "informationelle Selbstbestimmung" bei der vorgesehenen Volkszählung gewahrt wird, zweifeln nicht nur die GRÜNEN an: Datenschützer und Statistiker sind sich darüber einig, daß es nach den heutigen technischen Gegebenheiten durchaus möglich ist, Einzeldatensätze der Volkszählung zu de-anonymisieren, auch wenn die dazugehörigen Namen und Adressen nicht gespeichert sind. Erst kürzlich wurde am Fachbereich Informatik der Universität Hamburg nachgewiesen, daß es selbst mit einem einfachen Personalcomputer mit geringem Aufwand möglich ist, eine Person anhand von 4 oder 5 Merkmalen einwandfrei aus einer großen Bevölkerungsmenge zu reidentifizieren. Das bedeutet, daß man trotz der Trennung der Namen und Anschriften von eigentlichen Fragebogen im nachhinein ermitteln kann, welche Person den Fragebogen ausgefüllt hat; auf diese Weise ist der gesamte Datensatz einer Person verfügbar.

## Was können Sie legal gegen die Volkszählung tun?

Wenn der Zähler im Mai bei Ihnen vorbeikommt, und Sie ihm die Fragen nicht beantworten oder den Bogen nicht mit der Post zurückschicken, werden Sie von der Behörde hierzu schriftlich aufgefordert. Zur Durchsetzung der Auskunftspflicht steht den Behörden das Druckmittel des Zwangsgeldes zur Verfügung. Gegen den Ihnen zugestellten Bescheid können sie aber bei der Behörde Widerspruch einlegen.

*Da der Widerspruch allein keine aufschiebende Wirkung hat (das heißt, trotz Widerspruch müssen Sie die Fragen beantworten), sollten Sie beim Verwaltungsgericht gleichzeitig einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz stellen, über den das Verwaltungsgericht binnen weniger Tage entscheidet. Vergessen Sie jedoch nicht, Ihren Widerspruch und den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz zu begründen. Wenn das Verwaltungsgericht Ihrem Antrag stattgegeben hat, brauchen Sie die Fragen vorerst nicht zu beantworten.*

Falls die Behörde Ihren Widerspruch ablehnt, können Sie wiederum beim Verwaltungsgericht hiergegen eine Anfechtungsklage einreichen. Einen Rechtsanwalt benötigen Sie hierfür nicht, und die Kosten sind relativ gering. Wenn Sie zu diesen juristischen und Ihnen ungewohnten Schritten Fragen haben, wenden Sie sich an eine der zahlreichen Initiativen. Die GRÜNEN in Roetgen können Sie auch um Rat fragen unter der Telefon-Nummer 4955.

Außerdem hat das GRÜNE Büro während des Volkszählungsmonats Mai jeden Dienstag von 19,30 bis 20,30 Uhr geöffnet. Dort können Sie weitere Informationen und die Anschriften der Initiativen erfahren.

**Lesen Sie dazu auch Seite 16!**

# Zum Gebietsentwicklungsplan

Anfang des Jahres wurde im Rat über die Auswirkungen des neuen Gebietsentwicklungsplanes (GEP) gesprochen. Dieser Plan stellt im Abstand von einem Jahrzehnt Leitlinien für die Planungen einer Region auf. Da die Presse nur unvollständig berichten konnte, geben wir hier unseren Lesern den vollständigen Text der Erklärung wieder, den die Ratsfraktion der GRÜNEN in der Sitzung vom 10.2.87 abgegeben hat.

Die Ratsfraktion der GRÜNEN in Roetgen stimmt dem GEP des Regierungspräsidenten in Köln sowohl in seiner grundsätzlichen Zielsetzung als auch in seinen Auswirkungen auf die Gemeinde Roetgen uneingeschränkt zu.

Der Gebietsentwicklungsplan setzt erstmalig konkrete Grenzen für eine nur durch wirtschaftliches Denkgesteuerte Entwicklung und berücksichtigt - spät genug - die übergeordnete Bedeutung von Natur und Umwelt. Noch heute ist wirtschaftliches Wachstum oberstes Ziel unserer Kommunen, alles andere hat sich dem unterzuordnen. Allerdings kann der GEP keineswegs die Fehlentwicklungen rückgängig machen, die weithin bereits festgeschrieben sind. Um so wichtiger ist es deshalb, die Ziele des GEP sofort und voll zu unterstützen und nicht durch kleinliche, oft am Eigeninteresse Weniger orientierte Einwände und Ausnahmewünsche in Frage zu stellen.

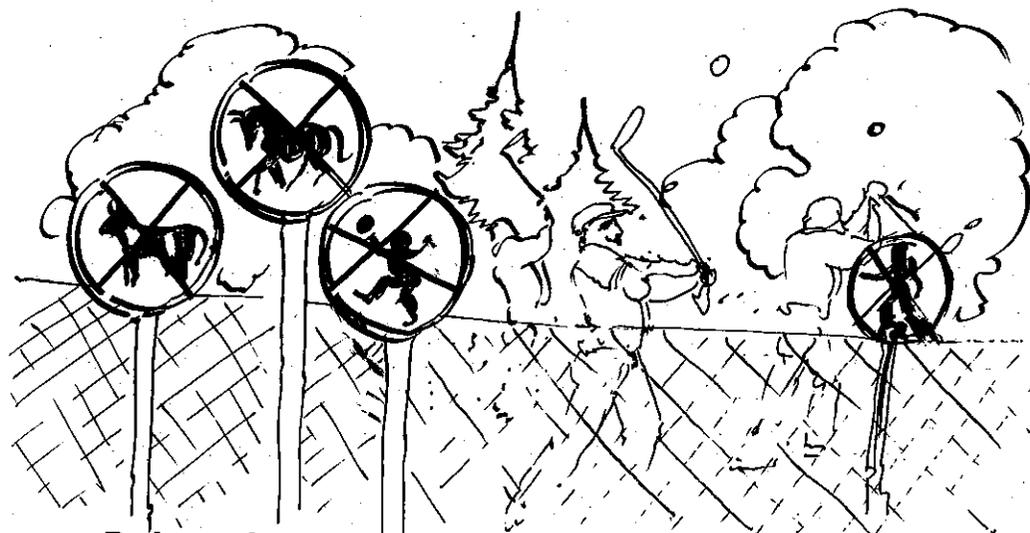
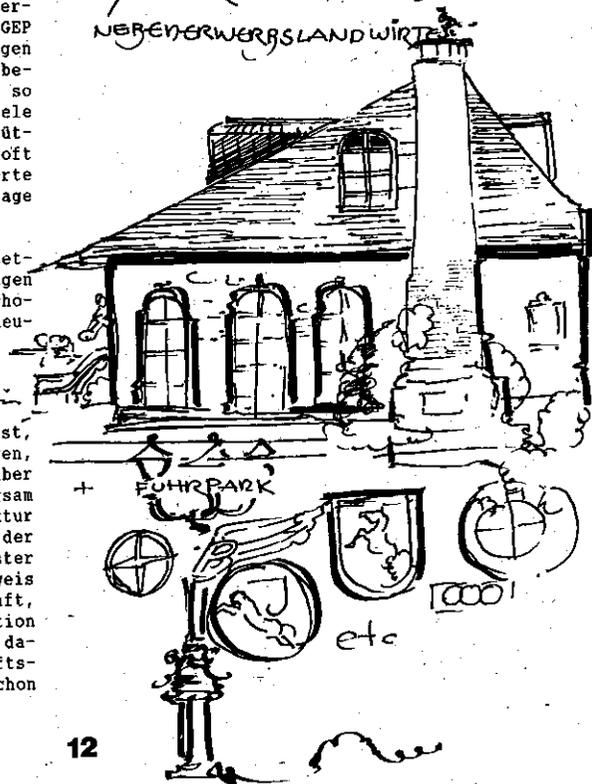
Von allen im GEP enthaltenen Zielsetzungen haben für die Gemeinde Roetgen vor allem die Bebauung, die Naherholung und der Verkehr besondere Bedeutung.

## Gegen Zersiedelung

Die Zersiedelung der Landschaft ist, insbesondere im Ortsteil Roetgen, sehr ausgeprägt. Dabei muß man aber unterscheiden zwischen einer langsam gewachsenen ortstypischen Struktur und den Folgen des Eigenheimbooms der letzten 30 Jahre. Herr Bürgermeister Linzenich hat recht mit dem Hinweis auf die Nebenerwerbs-Landwirtschaft, die in Roetgen zu der Kombination weitläufig bebauten Straßen und dazwischen liegenden Landwirtschaftsflächen führte. Es ist aber schon

- vorsichtig ausgedrückt etwas abwegig, wenn er dieses Argument auch auf die Häuser der vielen Zugezogenen anwendet, die in der Roetgener Ortsstruktur ideale Möglichkeiten fanden für freizügiges Bauen in fast unberührter Natur. Es fiel übrigens auch Herrn Dr. Fricke von RP auf, daß die großartigen Villen im Bereich "Schachbrett" nicht gerade nach Nebenerwerbslandwirtschaft aussahen.

TYPISCHER ROETGENER BAU DER NEBENERWERBSLANDWIRTSCHAFT



## Bodenspekulation

Über diese bereits vollzogene Zersiedelung und ihre kostspieligen Folgen für die Infrastruktur hinaus gab diese Entwicklung reichlich Anlaß zu massiver Bodenspekulation. Billiges Wiesenland hatte allerbeste Chancen, teures Bauland zu werden. Da der GEP diese Hoffnungen mancher Grundbesitzer jetzt zunichte macht, ist es sogar verständlich, wenn diese gegen den Plan Sturm laufen. Die dabei benutzten Argumente beschränken sich bezeichnenderweise auf verdächtig klingende Allgemeinheiten wie "Landschaft und Natur haben dem Menschen zu dienen" (W. Peters, CDU), "Gesichtsverlust der Dörfer" und gar "Der GEP ist der TOD der Eifel" (H. Schmitz, CDU). Wenn man die Aussagen des GEP genau prüft, stellt man leicht fest, daß gerade in Roetgen, aber auch in Rott für die nächsten 10 Jahre, in denen der GEP zunächst gelten soll, hinreichend Raum für eine bauliche Entwicklung besteht. Es sind zahlreiche Baulücken vorhanden und das neue Baugesetzbuch bietet Möglichkeiten, weiteres Bauland zu schaffen. Weiterhin läßt sich eine flächensparende Bebauung planen, ohne daß man mit einfalllosen Reihenhäusern oder mehrstöckigen Gebäuden den Dorfcharakter stört, etwa durch Wohnhöfe bei vergrößerter Grundstückstiefe. Eine Entwicklung die übrigens in

anderen Bundesländern längst eingesetzt hat und sogar durch Preisverleihungen an Architektengruppen prämiert wurde.

## Stille Erholung... oder Golfgelände?

Auch auf dem Gebiet Freizeit und Fremdenverkehr bietet der GEP alles, was die Einwohner unserer Gemeinde überwiegend erwarten, nämlich Erhaltung und Pflege der Wälder als Gebiete für die "stille Naherholung". Damit ist gemeint, daß eine weitgehend ungestörte Natur in Wald und Wiesen zum Wandern und Radfahren zur Verfügung steht. Wir sind sicher, die meisten Bürger unserer Gemeinde wollen hier weder einen lärmenden Freizeitpark noch die exklusive Idylle eines Golfplatzes, der einen beträchtlichen Teil des Roetgener Umlandes in ein Reservat für gut betuchte Clubmitglieder verwandeln würde. Man möge genau hinhören, von welcher Seite derartige Ansinnen in die Diskussion gebracht werden, natürlich zum Wohl der Gemeinde und ihrer Bürger!

Sehr zu begrüßen ist dagegen die Ausweisung eines - eigentlich noch zu kleinen - Naturschutzgebietes auf dem Struffelt.

Es ist selbstverständlich, daß eine Gemeinde nicht nur Wohngebiete, sondern auch Gewerbe beherbergen möchte. Dafür bietet der GEP Raum und Möglichkeiten genug, auch wenn in Roetgen keine gesonderter Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich ausgewiesen ist. Der Bestand des derzeitigen Gewerbegebietes in Roetgen in nicht gefährdet. Die zusätzliche Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe ist ausdrücklich erwünscht, bei entsprechender Eignung sogar in Wohnbereichen. Wir befürworten alle angemessenen Maßnahmen, die in Roetgen Arbeitsplätze schaffen, auch weil sie den täglichen Pendlerverkehr zu den Städten eindämmen helfen.

### Besserer Busverkehr

Den Forderungen des GEP zum Thema Nahverkehr können wir ebenfalls voll zustimmen. Eine Verbesserung des Busverkehrs nach Aachen würde den Autoverkehr entlasten. Auf der anderen Seite stellen wir sehr erfreut fest, daß die von Autoverkehrsfetischisten lange geforderte Eifel-Autobahn kein Thema mehr zu sein scheint.

Sie werden uns Grünen vielleicht vorwerfen, daß wir alle gut Reden haben für die Einschränkung ungebremster Bebauung, da wir bereits in der bevorzugten Gegend wohnen oder sogar Eigenheime besitzen. Wir nehmen diesen Einwand ernst, bitten aber zu bedenken, daß wir alle uns erst schrittweise den notwendigen Forderungen zu öffnen vermögen, die der Schutz der Natur an uns stellt.

Der Roetgener Rat sollte bei seiner Entscheidung über mögliche Einwände zum GEP bedenken, daß er im Interesse aller Bürger und nicht für gewisse Minderheiten handeln soll.

Die Fraktion der GRÜNEN beantragt daher, der HFB/Rat möge zu den Kapiteln 1 (Bevölkerung und Wirtschaft), 2 (Siedlung) und 3 (Verkehr) des GEP keine Änderungsanträge beschließen, sondern vielmehr den dort ausgesprochenen Zielsetzungen ausdrücklich zustimmen.



### ZIMMER oder KLEINWOHNUNGEN

gesucht für die Asylbewerber  
in der Gemeinde Roetgen.

Anmietung und Mietzahlungen  
erfolgen durch die Gemeinde

Angebote erbeten an:

Gemeindeverwaltung, Herrn Els

Telefon 4021

oder an A.Scholz Telefon 2301

## Eine (ver)öffentlich(t)e Sammlung

Bürger und Bürgerinnen - schämt Euch! Wie der Herr Vorsitzende des "Ortsverbandes Deutsche Kriegsgräberfürsorge" im Amtsblättchen Nr. 14 schreibt, konnten die Sammelergebnisse für eben diesen Verein dieses Jahr nur geringfügig gesteigert werden! Und in der Roetgenbachstraße waren die Leute weniger spendabel als - sagen wir in Knippgasse oder anderswo: pfui! Am allerbeschämendsten ist aber - so der Herr Vorsitzende - das einige der zwangsverpflichteten Sammler sich weigerten, für diesen heren Zweck Zeit zu opfern: dreimal pfui! Wenig Verständnis hat er, der Herr Vorsitzende, für ein derartiges Verhalten!

Vielleicht hat er aber auch nur nicht genügend Fantasie, sich Gründe vorzustellen, die Jugendliche evtl. dazu bewegen könnten, die nachträgliche Glorifizierung eines irrwitzigen Krieges in form militärischer Kultstätten nicht zu unterstützen. Ich jedenfalls könnte mir solche Gründe sehr wohl vorstellen. Wahrscheinlich, weil es in meiner Familie eine Reihe von Kriegstoten gegeben hat.

Mein Patenonkel z.B. ist eines der Opfer: er "fiel" (nach kurzem Heimaturlaub wegen erfrorener Füße) 1943 bei Charkow, 23 Jahre alt. Niemand weiß, ob die Teile seines zerstückelten, zerfetzten Körpers - er soll mit einem Motorrad auf eine Mine gefahren sein - je begraben wurden, ob jemand sein Grab pflegt. Und das ist mir - Herr Vorsitzender - auch völlig gleichgültig! Wichtig ist für mich die sehr vage Erinnerung an einen jungen, hübschen, fröhlichen Menschen, begabt, wahrscheinlich voller Pläne, Hoffnungen, Wünsche an das Leben. Ich bin sehr froh, daß es kein ordentlich, soldatisch ausgerichtetes Reihengrab gibt, welches womöglich u.a. von ... Schauspielern, z.B. in Präsidentenrollen als Kulisse zur Selbstdarstellung mißbraucht werden könnte.

Ich wünsche meinen beiden Söhnen und den Söhnen aller Mütter dieser Welt, daß sie zufrieden, weit ab von jedem "Feld der Ehre", weder für irgend ein "Vaterland" oder "Volk", noch für wahnsinnige "Führer", aber nach einem erfüllten Leben steinalt im Kreise von Kindern und Kindeskindern im Bett sterben und auf einem ganz normalen bürgerlichen Friedhof begraben werden!

Dafür würde ich, wenn's möglich wäre, sogar selbst sammeln gehen.

Brigitte Commichau

